

Anmerkungen zur Polemik von Ariel Muzicant gegen den UNRWA

07.04.2026

In dem Gastkommentar von Ariel Muzicant im KURIER am 4. April reflektiert dieser auf den vorangegangenen Gastkommentar des angesehenen Schweizerisch-italienischen Diplomaten und UNRWA-Generalkommissars vom 28. März d.J. und wirft ihm „Auslassungen und Verschweigen“ vor. Offenbar meint Muzicant, dies mit bloßen Behauptungen und Unterstellungen bewenden lassen zu können, ohne dafür Nachweise zu liefern. Dabei handelt es sich jedoch nur um einen weiteren Versuch proisraelischer Lobbyisten in dem Bemühen, die seit der Staatsgründung völkerrechtlich legitimierte UN-Institution UNRWA zu diskreditieren, ihre Auflösung zu betreiben und gleichzeitig die repressive antipalästinensische Regierungspolitik weißzuwaschen.

Alle fünf Punkte Muzicants sind eine Auflistung längst widerlegter Behauptungen. Schon der erste Punkt hält einem Faktencheck nicht stand. Wahr ist vielmehr, dass Israel seit langem einen „Kreuzzug“ gegen das UNRWA-Hilfswerk als Etappe zur Auslöschung des palästinensischen Volkes führt. Das ist für alle offensichtlich, die um die unerlässliche, lebensrettende Arbeit des Hilfswerkes und seine Existenzberechtigung wissen, nicht nur im Gazastreifen, sondern insbesondere in Ostjerusalem und im ganzen Westjordanland. Die herrschende Regierung jedoch will das ganze Land zwischen Jordanfluss und Mittelmeer und im Norden bis zum Litanifluss „araberrein“ bewohnen und arbeitet politisch und militärisch unbeirrt auf dieses Ziel hin. Das ist aktenkundig, und maßgebliche Politiker wie Ben-Gvir und Smotrich sagen das seit vielen Jahren ganz offen.

Weiters wirft Muzicant der UNRWA eine Schulpolitik mit „Lehrbüchern strotzend von antisemitischer Hetze und Leugnung der Existenz des Staates Israel“ vor. Das ist eine sachwidrige und ungeheuerliche Unterstellung, nichts davon ist wahr, nicht zuletzt die Behauptung, dass „in UNRWA-Schulen und Kindergärten unter anderem Raketenabschussrampen“ gefunden worden seien. Wahr ist demgegenüber, dass offizielle israelische Schulbücher von Antiarabismus nur so strotzen, wie die renommierte Bildungsexpertin der Hebräischen Universität in Jerusalem Nurit Peled-Elhanan in einer wissenschaftlichen Studie dokumentiert hat: „Palästina in israelischen Schulbüchern“ („Palestine in Israeli School Books. Ideology and Propaganda in Education“). Die Autorin ist Preisträgerin des Sacharow-Preises für Menschenrechte und Gedankenfreiheit, verliehen 2001 vom Europäischen Parlament.

Historisch völlig falsch ist auch die dank israelischer Historiker längst widerlegte militant-zionistische Kriegspropaganda von 1948 mit ihrem behaupteten „Bevölkerungstausch“, wie sie auch Muzicant in seinem Gastkommentar bemüht: Nein, es sind nicht „800.000 Juden“ aus Marokko und weiteren arabischen Ländern „geflohen“, vielmehr wurde ein Großteil mittels falscher Versprechungen der zionistischen Emissäre aus ihrer angestammten Heimat weggelockt, nur um in Palästina eine jüdische Mehrheit zu erreichen. Viele von ihnen haben danach die Einwanderung aufgrund der rassistischen Politik der dominierenden osteuropäisch-askkenasischen Juden bitter bereut. Das ist mittlerweile historisch auf erdrückende Weise dokumentiert, unter anderem durch das renommierte israelische [Akevot Institute for Israeli-Palestinian Conflict Research](#). Auch Ha'aretz hat darüber mehrfach berichtet.

Schon die von Muzicant gewählte Überschrift („Schuld sind wieder einmal die Israelis“) ist hochgradig polemisch und tatsachenwidrig: Verwiesen sei auf die Hunderttausenden friedenspolitisch bewegter jüdischer Israelis (leider nicht die Mehrheit), die die rassistische Politik des Kabinetts Netanjahu VI ablehnen und gleichberechtigt Seite an Seite mit den liberal-demokratisch gesinnten arabischen Israelis leben wollen, was die Regierung mittels ihrer aggressiven Siedlungspolitik jedoch tatkräftig konterkariert. Erinnerung sei an das „Grundgesetz: Israel – Der Nationalstaat des jüdischen Volkes“ von 2018, in dem „das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel einzig dem jüdischen Volk“ zugesprochen wurde, ohne Rücksicht darauf, dass etwa ein Viertel des Staatsvolkes Nichtjuden sind.

Fritz Weber